

Wilsdruffer Tageblatt

Wochenblatt für Wilsdruff
und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.



für die Amtshauptmannschaft Meißen, für das
Forstamt zu Tharandt.

Bernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff
rentamt zu Tharandt.

Postleitz.-Konto: Leipzig Nr. 28614

Nr. 82

Sonntag den 11. April 1920

79. Jahrg.

Fettverteilung.

Auf den Abschnitt S der Landesfeuerkarte werden auf die Zeit vom 12. bis 18. April 1920 130 g Margarine an die Versorgungsberechtigten verteilt. Sämtliche Butter ist durch die Ortsammelstellen an die Bezirksammelstellen zu leiten. Die Krankenbuttersorten werden mit 50 g Margarine beliefert. Der Preis für das Pfund Margarine beträgt 8,40 M.

Meißen, am 9. April 1920.

Nr. 407 II O

Kommunalverband Meißen-Land.

Rohfleischverkauf. Montag nachmittags von 2 bis 4 Uhr auf die Nummern 272 bis 461.

Wilsdruff, am 10. April 1920. Der Stadtrat — Kriegswirtschaftsabt.

Wir bitten höflich, Anzeigen bis 10 Uhr vormittags aufzugeben.

Amtlicher Teil.

Allgemeine Mädchensfortbildungsschule zu Wilsdruff.

Alle im hiesigen Schulbezirk wohnenden Schülerinnen, insbesondere auch alle von auswärts zugezogenen, die Ostern dieses Jahres aus der Schule entlassen worden sind, haben sich

Dienstag den 13. April nachmittags 4—5 Uhr

beim Unterzeichneten zur Mädchensfortbildungsschule anzumelden, die von auswärts zugezogenen unter Vorlegung ihres Schulentlassungszeugnisses.

Auch die Schülerinnen, die eine andere Schule besuchen, sind anzumelden. Über ihre teilweise oder völlig Befreiung vom Besuch der hiesigen Mädchensfortbildungsschule entscheidet der Schulausschuss.

Unterlassung der Anmeldung zieht Bestrafung nach sich.

Wilsdruff, am 9. April 1920.

Schuldirektor Thomas, Schulleiter.

Protest der englischen Regierung gegen die Besetzung des Maingebietes.

kleine Zeitung für eilige Leser.

* Die Reichsregierung fordert von Frankreich vollen Schadenab für die württembergische Besetzung des Maingebietes.

* Zum Reichsaußenminister wurde der Mehrheitssozialist Dr. Küster ernannt.

* Die preußische Regierung hat in Paris den Entente-Note die Auflösung der Einwohnerwehren verfügt.

* Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen soll wahrscheinlich am gleichen Tage stattfinden und zwar am 27. Juni 1920.

* Die englische Regierung hat in Paris gegen die Besetzung des Maingebietes entschiedenen Protest eingezogen.

* In großen Teilen Italiens ist ein Generalstreik revolutionären Gezügeltes ausgebrochen.

George. So schreibt "Echo de Paris": Lloyd George hat sich wieder einmal öffentlich gezeigt; er ist derselbe, der er vor 1914 gewesen ist: ein unruhiger Politiker, der noch damals, nach dem Ultimatum an Serbien, eine Ablösung Europas voraussehen wollte.

Amerika verurteilt Frankreichs Vorgehen.

Aus Newark wird gemeldet, daß die Haltung Amerikas der Frankreichs völlig entgegensehe. In allen Kreisen meint man, daß Frankreichs Vorgehen die jüngsten Erklärungen des Präsidenten Wilson in Frankreich bestätigt der Militarismus bestätigte. Die amerikanische Regierung könne keineswegs irgendeinen Einwand gegen den Aufmarsch der deutschen Truppen erheben, die zur Unterdrückung der Karlsruher in das Ruhrgebiet entsendet wurden.

Deutschland erhebt Erfahrunsprüche.

In einer Veröffentlichung erhebt die deutsche Regierung Eindruck gegen die Darstellung in Millerands Note und stellt fest, daß die französische Behauptung, die Militärischen Kräfte hätten den Einmarsch in das Ruhrgebiet erzwungen, unwahr sei. Ferner wird betont, Frankreich sei ohne Zustimmung ihrer Verbündeten vorgegangen. Auf die übrigen Entwicklungen und Auslösungen der französischen Note werde von maßgebender Seite noch näher einzugehen sein.

Wie man in Berlin erfährt, hat die deutsche Regierung durch den Geschäftsträger Dr. Mayer in Paris der französischen Regierung eine Note überreichen lassen, in der erklärt wird, daß Deutschland die französische Regierung für alle Schäden verantwortlich und haftbar machen müsse, die durch die Besetzung Frankfurts und anderer deutscher Städte durch französische Truppen entstehen.

Insbesondere müsse Frankreich für die Tötung deutscher Staatsbürger in Frankfurt haftbar gemacht und verpflichtet werden, den Hinterbliebenen der Getöteten und den Verletzten angemessene Entschädigungssummen zu zahlen.

Millerands Stellung erschüttert?

Im Stuttgarter Neuen Tageblatt erklärt der sibdeutsche demokratische Politiker Konrad Hauthmann, daß nach den letzten Pariser Riedungen Frankreich noch in diesem Monat die Demission Millerands fordern werde. Denn er habe Frankreichs Staatskunst bloßgestellt, die Vertragstreue kompromittiert und die Politik Frankreichs von denjenigen der Alliierten getrennt. Eine solche Situation sei für Frankreich peinlich und werde von dem Temperament des Landes empfunden.

Das besetzte Frankfurt.

Allmählich beginnen die Straßen wieder das gewohnte Bild zu zeigen. Der französische Besatzungshaber hat angeordnet, daß die uniformierten Deutschen, die der Heeresmacht, Polizei, Feuerwehr, der Post und der Postverwaltung angehören, zum Brude der Fahnen und der uniformierten Offiziere der alliierten Mächte verpflichtet sind. Infolgedessen sind alle Uniformen von den Straßen verschwunden, höchstens sieht man hier und da einen Post- oder Eisenbahndienstbeamten in der Nähe seiner Dienststelle in Uniform. Freitag morgen waren einige Einschränkungen in der Beweidung der inneren Stadt zu bemerken. So ist u. u. die Hauptwache, das bekannte Kaffee am Ausgang der Zeit, das von den Franzosen als Hauptstützpunkt der inneren Stadt besetzt und besetzt worden war — der Zusammenstoß mit dem Publikum nahm von dieser Stelle aus seinen Ausgang —, wieder geräumt worden. Der Anhänger verfügt sich, daß die Franzosen nur wirklich nur mit einer provisorischen Besetzung Frankfurts und des Neuen Brückenkopfes Mainz rechnen. Die Offiziere erklären heute mit ausführlichem Nachdruck ihren Quartierwirten gegenüber, daß die Einquartierung nur nachberechnen Charakter habe.

Aus dem Ruhrrevier.

Bewußte französische Unwahrheiten.

Selbsts der Reichsregierung wird folgendes erklärt: Der französische Anspruch "An alle" vom 6. 4. 9 Uhr abends enthält Entschuldigungen und bewußte Lügen. Der Gewaltakt der französischen Regierung gegen deutliches Gebiet sollte gegenüber dem eigenen Volk und der gesamten Welt den Schein eines Rechtes erhalten. Es ist unwahr, daß 150 000 Mann deutsche Truppen im Ruhrgebiet operierten. Am 5. 4., also am Vorabend des französischen Einmarsches, operierten im Ruhrgebiet 43 800 Mann, davon 15 000 innerhalb der durch den Friedensvertrag festgesetzten neutralen Zone.

Es ist unwahr, daß den deutschen Truppen schlecht bewaffnete Spartaisten in einer Anzahl von kaum 10 000 Mann gegenüberstanden. Bei den Aufrührern im Ruhrgebiet handelt es sich um militärisch organisierte, mit Artillerie, Maschinengewehren und modernen Kampfmitteln ausgerüstete Kampftruppen, deren Gesamtstärke auf mindestens 20 000 Mann zu schätzen war. In den Reihen der Waffen waren sie gekommen durch den auf Grund des Waffenstillstandes erzwungenen und überstürzten Rückzug des deutschen Heeres, welcher auch durch jene Gebiete führte. Die Waffen waren seitdem verstellt gehalten worden.

Es ist unwahr, wenn der Pariser Anspruch behauptet, daß die Aufrührer beim ersten Angriff davonlaufen würden. Vielmehr haben hartnäckige und blutige Kämpfe stattgefunden. Die bisherigen Verluste der Reichswehr, etwa 200 Tote und mehrere hundert Vermundete, sprechen eine andere Sprache.

Das Strafgericht.

In der letzten Verhandlung des Döbelner Strafgerichts wurden über 50 Personen verurteilt. Die Verhandlung ergab, daß die Werber der Roten Armee viele der Anzuwerbenden betrügen machten, um sie zum Eintritt in die Rote Armee zu bewegen. Der Oberkommandierende in der Hammonia-Gefechtsleitung, der Straßenbahn-August Müller aus Wülheim-Storun, ist von den eigenen Leuten erschossen worden. Ein Jugendlicher, der sich an den Kämpfen gegen die Reichswehr beteiligt hatte, wurde zum Tode durch Stricheln verurteilt.

Verschiedene Nachrichten.

Düsseldorf. Da die Versorgungsstelle für Kriegsbeschädigte von den Notgärtchen geplündert worden ist, kann an die Kriegsbeschädigten keine Kleidung mehr ausgegeben werden.

Dinslaken. Die Stadt hat als ersten Einnahmetag hinter der roten Front unverdorbnitlich gelebt und wurde auch später im Engelskampf schwer beschossen. In einigen Stadtteilen ist fast kein Haus ohne Volltreffer geblieben. Der Gebäudeschaden beträgt in dem Kreis Dinslaken allein über 7 Millionen Mark.

Auflösung der Einwohnerwehren.

Ersatzorganisationen.

Das preußische Staatsministerium hat beschlossen, die Einwohnerwehren aufzulösen. Im Anschluß an den hierauf bezüglichen Erlass der Reichsregierung sind die Oberpräsidialen sofort entsprechend angewiesen worden.

Gleichzeitig ist ein Erlass des Reichsministers des Innern ergangen, in dem es heißt: "Es wird angegeben, daß wo ein genügender Schutz durch Reichswehr, Sicherheitspolizei und andere Polizeiorgane nicht gegeben ist, gleichzeitig für einen Erlass durch eine nach den örtlichen Verhältnissen zu gestaltende anderweitige Schutzorganisation zu sorgen. Hierbei ist genau darauf zu achten, daß jeder Anschein vermieden wird, der auf Verlebung der in dem